

Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
der 20. Wahlperiode

Ausschussdrucksache  
**20(27)107**

13.09.2022

**Dr. Markus Kaim – Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin**

**Öffentliche Anhörung des 1. Untersuchungsausschusses des  
Deutschen Bundestages der 20. Wahlperiode (Afghanistan)  
am 22. September 2022 zum Thema  
„Lage in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens“**

**Schriftliche Stellungnahme**

**„Beurteilung der Sicherheitslage und militärischen Lage“**

**Wie stellten sich die politische Lage und die Sicherheitslage in Afghanistan insgesamt zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens am 29. Februar 2020 dar?**

Die Phase der afghanischen Politik bzw. der internationalen Politik in und gegenüber Afghanistan zum Jahreswechsel 2019/2020 war weniger durch fundamental neue Entwicklungen gekennzeichnet, sondern vielmehr dadurch, dass innenpolitische Entwicklungen in Afghanistan sich weitgehend unverändert fortgesetzt haben. Korrespondierend dazu hatte die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft erkennbar nachgelassen, der prekären Sicherheitslage und der polarisierten politischen Situation im Land durch ein intensiviertes Engagement oder eine (erneut) veränderte Strategie entgegenzutreten. Nicht nur die USA unter Präsident Trump, sondern auch viele andere westliche Regierungen hatten die Geduld mit und das Interesse an Afghanistan knapp zwanzig Jahre nach Beginn des Einsatzes weitgehend verloren.

Politisch stellte sich Afghanistan zu Beginn des Jahres 2020 weiterhin zerrissen dar, wobei die Kämpfe zwischen den aufständischen Taliban und der Regierung nur eine Dimension dieser Entwicklung gewesen sind.<sup>1</sup> Daneben belastete der umstrittene Ausgang der Präsidentschaftswahl vom

<sup>1</sup> Vgl. Dobbins, James: Peace Hasn't Broken Out in Afghanistan. Violence and Division Already Threaten the U.S.-Taliban Deal; Foreign Affairs Snapshot; 16.03.2020: <<https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2020-03-16/peace-hasnt-broken-out-afghanistan>>

28.09.2019 die politische Einheit des Landes und die Legitimität der Regierung. So gab die Unabhängige Wahlkommission erst am 18.02.2020 bekannt, dass Ashraf Ghani für eine zweite Amtszeit als Präsident mit 50,64 Prozent der Stimmen gewählt worden sei. Die Ergebnisse wurden vom Gegenkandidat Abdullah Abdullah als "illegal" zurückgewiesen und er kündigte Pläne für die Bildung einer alternativen Regierung an.

Die Sicherheitslage blieb zum Jahreswechsel weiter unbeständig: Zwischen dem 8. November 2019 und dem 6. Februar 2020 verzeichnete die *United Nations Assistance Mission in Afghanistan* (UNAMA) knapp 5.000 sicherheitsrelevante Vorfälle (bewaffnete Zusammenstöße, improvisierte Sprengsätze, Selbstmordattentate, Luftangriffe u.a.) - eine ähnliche Anzahl wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die meisten Vorfälle ereigneten sich in der Südregion, gefolgt von der Nord- und der Ostregion, auf die zusammen 68 Prozent aller Vorfälle entfielen. Die Kämpfe flauten Ende 2019 und Anfang 2020 zwar etwas ab, was jedoch vor allem dem saisonalen Trend in den Wintermonaten entsprach. Ein landesweiter Rückgang der Gewalt setzte erst am 22. Februar als Ergebnis der Gespräche zwischen den USA und den Taliban ein.<sup>2</sup>

Die terroristische Bedrohung aus Afghanistan war zu diesem Zeitpunkt zwar etwas weniger akut als in den Jahren zuvor, aber nach wie vor ungebrochen, wobei der *Islamische Staat Khorasan* (IS-K) die aktivste Terrorgruppe im Land darstellte. Die US-Regierung schätzte im September 2019, dass zwischen 2.000 und 5.000 IS-K-Kämpfer in Afghanistan aktiv seien und die Gruppe über die Fähigkeit verfüge, Anschläge mit hohen Verlusten im Land zu verüben und westliche Interessen dort sowie in der Region anzugreifen. Zugleich betonte sie, dass die Beziehungen zwischen Al-Qaida und den Taliban weiterhin eng seien.

**Wie beurteilen Sie die bilateralen Friedensverhandlungen mit den USA und den Taliban unter Ausschluss der afghanischen Regierung? Wie bewerten Sie die im Rahmen der Verhandlungen erfolgte Freilassung 5.000 Gefangener, die die Taliban gefordert hatten?**

Will man die Wirkung des Doha-Abkommens auf die politische Lage bzw. die Sicherheitslage erfassen, muss man den Blick zuerst auf die amerikanische

<sup>2</sup> Für die Einschätzung der politischen Lage und der Sicherheitslage in Afghanistan sind die Quartalsberichte des UN-Generalsekretärs an den UN-Sicherheitsrat eine hervorragende Quelle; hier „*The Situation in Afghanistan and its Implications for International Peace and Security*“, 17.03.2020: <[https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg\\_report\\_on\\_afghanistan\\_17\\_march\\_2020.pdf](https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghanistan_17_march_2020.pdf)>

Afghanistan-Politik der Regierung Trump richten. Denn die westliche Politik, insbesondere die der NATO und damit auch die der Bundesrepublik, war aus einer Fülle von Gründen politisch wie militärisch vollständig von der amerikanischen Politik abhängig.

Die mit dem Doha-Abkommen vorgenommenen Festlegungen der amerikanischen Afghanistan-Politik waren ein klares Signal an die Partner in der NATO und die politischen Akteure in Afghanistan: Die USA räumten der Lage im Land nicht länger dieselbe strategische Bedeutung ein wie die amerikanischen Regierungen seit 2001. Einen vollständigen, nicht länger an Konditionen gekoppelten Truppenabzug beschloss zwar erst Präsident Biden im April 2021, aber die politischen Zeichen deuteten spätestens seit dem Februar 2020 unabweisbar in Richtung eines endenden amerikanischen Engagements und damit auf einen Truppenabzug aus dem Land. Die Dynamik dieses Abzugs im Frühjahr 2021 war damals noch nicht zu ahnen, aber wer die Aussagen der Trump-Administration zu Kenntnis nahm, durfte keine Illusionen über die amerikanische Afghanistan-Politik haben.<sup>3</sup>

Zwar galten auch danach die fragile Sicherheitslage, unzureichend befähigte Sicherheitskräfte, ein rudimentärer Friedensprozess und eine Fragmentierung der politischen Landschaft in Washington als ernsthafte Probleme. Aber mit dem Abkommen vom 29.02.2020 unterstrich die Regierung Trump sichtbar, dass sie die amerikanischen Verluste begrenzen wollte, statt ihr Engagement auszuweiten. Damit nahm sie die Position bereits vorweg, die dann von Präsident Biden vertreten wurde, der zufolge die amerikanische Sicherheit nicht länger von der Lage in Afghanistan abhängen und eine andauernde Militärpräsenz daher nicht zu rechtfertigen sei.<sup>4</sup>

Im August 2017 hatte Präsident Trump im Rahmen einer Rede eine Revision der Afghanistan-Politik der USA angekündigt. Diese sollte der in den USA verbreiteten Ernüchterung über das im Land Erreichte genauso Rechnung tragen wie der Vorstellung, dass militärische Einsätze der Vereinigten Staaten nur noch vitalen nationalen Interessen dienen sollten. Daraus abgeleitet formulierte er zwei Prämissen: Einerseits betonte er die Notwendigkeit, dass nunmehr die Rahmenbedingungen vor Ort den Zeitpunkt und Umfang eines amerikanischen Truppenabzugs bestimmen würden. Andererseits unterstrich Präsident Trump, dass seine Regierung keine Präferenz bezüglich

<sup>3</sup> Vgl. Glatz, Rainer/ Kaim, Markus: Mandat verlängern – Abzug vorbereiten. Die Folgen des Abkommens der USA mit den Taliban vom Februar 2020; Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2020.

<sup>4</sup> Vgl. Malkasian, Carter: The Taliban Are Ready to Exploit America's Exit. What a U.S. Withdrawal Means for Afghanistan. Foreign Affairs Snapshot; 14.04.2021: <<https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2021-04-14/taliban-are-ready-exploit-americas-exit>>

der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Afghanistans besäße und lediglich amerikanische Interessen verfolge. Zwischen diesen beiden Polen – Konditionalität einerseits und der Unterordnung der Afghanistan-Politik unter nationale Interessen der USA andererseits - oszillierte die Afghanistan-Politik von Präsident Trump während seiner gesamten Amtszeit.<sup>5</sup>

Seit dem Dezember 2018 wurde immer deutlicher, dass sich die Regierung Trump in der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit in Afghanistan militärisch weniger stark engagieren wollte und der skizzierte nationalistische Impuls in der Außenpolitik die Oberhand gewann. So beklagte der Präsident die hohen finanziellen Kosten des Einsatzes, die vor allem zu Lasten der USA gingen, und wies der afghanischen Regierung die Verantwortung für den Erfolg bzw. Misserfolg der westlichen Afghanistan-Politik zu und bereitete damit dasjenige Narrativ vor, dass den Abzug der amerikanischen Truppen im August 2021 einleiten bzw. begleiten sollte - dass nämlich nicht der Westen in Afghanistan gescheitert, sondern die Regierung in Kabul direkt für die Macht-ergreifung der Taliban verantwortlich sei.

Die militärische Pattsituation und die politische Realität im Land hatten Präsident Trump davon überzeugt, dass direkte Gespräche mit den Taliban letztlich die einzige Option für die USA seien, um Afghanistan „erfolgreich“, d.h. vor allem gesichtswahrend verlassen zu können. Dafür mussten die USA zumindest zum Einstieg in die Gespräche die Forderung der Taliban akzeptieren, die afghanische Regierung nicht in die Verhandlungen einzubeziehen. Dies war eine bedeutende Wende der amerikanischen Politik, da alle Vorgängerregierungen seit 2001 immer wieder betont hatten, nur einen afghanisch geführten Ansatz für Friedensverhandlungen zu unterstützen.

Denn die konkrete Ausgestaltung des Friedensabkommens würde die politische Zukunft Afghanistans weitgehend determinieren, ein überhasteter Abzug ohne überprüf- und durchsetzbare Zwischenschritte könnte hingegen die Autorität und Legitimität der afghanischen Regierung untergraben. Als Folge drohte, dass die Taliban die Kontrolle über das Land vollständig zurückerlangen würden; zumindest bestände die Gefahr eines Bürgerkrieges wie in den 1990er Jahren. Eine erfolgreiche Umsetzung des Friedensabkommens hinge daher von der Leistungsfähigkeit der afghanischen Armee und Polizei ab.

Die in Doha vereinbarte Freilassung von 5000 Taliban aus Regierungsgewahrsam und von 1000 afghanischen Sicherheitskräften aus der Hand der Taliban wurde von beiden Seiten als notwendige „vertrauensbildende Maßnahme“ tituliert. Aus der Perspektive des Februar 2020 schien dies, genau

<sup>5</sup> Vgl. Felbab-Brown, Vanda: President Trump's Afghanistan Policy: Hopes and Pitfalls; Brookings Institution, Washington 2017.

wie die einwöchige Waffenruhe, ein notwendiges Element der politischen Annäherung gewesen zu sein.<sup>6</sup> Obgleich Berichte dazu vorliegen, dass die 5000 Taliban zügig wieder den bewaffneten Kampf aufgenommen hätten, kann nicht wirklich beurteilt werden, ob dies Einfluss auf den Verlauf der Kampfverhandlungen bis zum August 2021 genommen hat.

### **Wie glaubwürdig waren die Versprechen der Taliban im Rahmen des Doha-Abkommen?**

Die Regierung Trump hatte sich in den Verhandlungen mit den Taliban vor allem auf Fragen des amerikanischen Truppenabzugs konzentriert und damit den Eindruck entstehen lassen, dass sie ein Ende der Afghanistan-Mission längst beschlossen habe und die Friedensgespräche nur noch als politische Deckung für eine schnelle Umsetzung zu nutzen suche. Damit war klar, dass die USA über wenig politische Druckmittel verfügten, um die Aufständischen dazu zu zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, sobald der US-Abzug erst einmal begonnen hätte.<sup>7</sup>

Die Zusicherungen der Aufständischen klangen zwar weitreichend, ihre Umsetzung blieb aber letztlich in deren Belieben gestellt. So legte das Abkommen fest, dass die Taliban binnen unmittelbar nach Beginn des US-Abzugs direkte Verhandlungen mit der afghanischen Regierung aufnehmen würden. Diese Festlegung blieb aber vage, denn die Taliban hatten bis zu diesem Zeitpunkt ihre langjährige Weigerung, direkt mit der Regierung von Präsident Ghani zu verhandeln, öffentlich nicht aufgegeben. Auch die angestrebte einvernehmliche Form der Machtteilung und die künftige Repräsentation der Aufständischen im politischen System Afghanistans blieb aus demselben Grund ein Streitpunkt.

So stand seit dem Februar 2020 die Gefahr im Raum, dass die Taliban die Regierung stürzen würden, sobald die USA ihre Truppen abgezogen hätten. Vor allem wurde keine „Snapback“-Option vereinbart, der zufolge die Regierung Trump ihren Abzug unterbrechen oder revidieren würde, sofern die Aufständischen ihren Verpflichtungen nicht nachkämen. Gleiches gilt für die Zusage der Taliban, dass sie terroristischen Gruppen einschließlich al Qaida

<sup>6</sup> Vgl. United States Institute for Peace: Afghan Peace Talks: Prisoner Release Paves Way for Direct Negotiations; 13.08.2020: <<https://www.usip.org/publications/2020/08/afghan-peace-talks-prisoner-release-paves-way-direct-negotiations>>

<sup>7</sup> Vgl. Thomas, Clayton: U.S. Military Withdrawal and Taliban Takeover in Afghanistan: Frequently Asked Questions; Congressional Research Service, 17.09.2021: <<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R46879>>

verwehren würden, von afghanischem Territorium aus die Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten zu bedrohen.

Präsident Trump verließ im Januar 2021 sein Amt mit dem skizzierten Sachstand bei den Doha-Verhandlungen. Nach neun Monaten innerafghanischer Gesprächsrunden war nach wie vor unklar, welche Art von Sicherheits- und politischen Vereinbarungen sowohl Kabul als auch die Taliban zufriedenstellen könnten, wenn letztere ihren bewaffneten Kampf aufgeben sollten. Viele Beobachter blieben daher misstrauisch, was die Vertrauenswürdigkeit der Taliban betraf, und äußerten die Befürchtung, dass die Gruppe ohne den militärischen Druck der USA wenig Anreiz haben würde, die Bedingungen einer mit Kabul erzielten Vereinbarung einzuhalten.

Denn die Taliban betrachteten Gewalt eindeutig als eines ihrer wichtigsten Druckmittel. So berichteten afghanische Quellen nach dem Doha-Abkommen, dass die Taliban-Führer ihren Befehlshabern die Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten als Auftakt zu einem militärischen Sieg nach dem Abzug der US-Streitkräfte im Mai 2021 darstellten und nicht als Beginn eines Friedensprozesses, der Kompromisse erfordern würde.<sup>8</sup> Und in der Tat drängte sich der Eindruck auf, dass die Taliban so lange verhandelten, bis die USA vollständig abgezogen waren, um dann ihren Vorteil auf dem Schlachtfeld nutzen, um die Kontrolle über das Land mit Gewalt zu übernehmen. Die Entwicklungen bis zum Fall Kabuls im August 2021 sollten diese Lesart bestätigen.

### **Hat das Doha-Abkommen zu einer Veränderung der Sicherheitslage geführt, die bei der Bewertung der Möglichkeit von Abschiebungen nach Afghanistan zu berücksichtigen gewesen wäre?**

Vor dem Doha-Abkommen sah die Afghanistan-Politik von Präsident Trump neben einer Lockerung der Regeln für amerikanische Luftwaffeneinsätze die Entsendung von 5.600 zusätzlichen US-Truppen nach Afghanistan vor, was ihre Gesamtzahl auf mehr als 14.000 erhöhte. Etwa 5500 US-Soldaten, hauptsächlich Spezialkräfte, verfolgten als national geführtes Kontingent das Ziel der Terrorbekämpfung, indem sie gegen Führungskräfte von al Qaida, des „Islamischen Staates“ in Afghanistan und der Taliban vorgingen.

<sup>8</sup> Vgl. United States Institute for Peace: Afghanistan Study Group Final Report: A Pathway for Peace in Afghanistan; 03.02.2021: <<https://www.usip.org/publications/2021/02/afghanistan-study-group-final-report-pathway-peace-afghanistan>>

Knapp 8500 amerikanische Soldaten waren zu diesem Zeitpunkt der *Resolute Support Mission* (RSM) der NATO unterstellt.<sup>9</sup>

Am 14. Februar 2020 teilte die Regierung Trump mit, dass die amerikanischen Unterhändler und die Taliban eine Vereinbarung über die Verringerung der Gewalt im ganzen Land, einschließlich der Angriffe auf die afghanischen Streitkräfte, erzielt hätten. Die USA und die Taliban könnten das Doha-Abkommen unterzeichnen, sobald die US-Militärbefehlshaber zu dem Schluss kämen, dass diese Vereinbarung Bestand habe. Die vereinbarte Zusage zum Rückgang der Gewalt trat am 22. Februar 2020 in Kraft. Nach Angaben amerikanischer Quellen gingen die Angriffe daraufhin im ganzen Land im Februar 2020 um bis zu 80 Prozent zurück. Die siebentägige Phase der Gewaltreduktion vor Unterzeichnung des Abkommens erfüllte also im Wesentlichen ihren Zweck, da es der Taliban-Führung gelang, unter Beweis zu stellen, dass sie entsprechenden Einfluss auf ihre Feldkommandeure ausüben könnte.

Das Abkommen zwischen den USA und den Taliban verpflichtete die Taliban, keine Angriffe auf amerikanische oder andere internationale Streitkräfte zu verüben - eine Verpflichtung, an die sich die Taliban bis zum August 2021 gehalten haben. Das Abkommen ging jedoch nicht auf die Operationen der Taliban gegen die afghanischen Regierungstruppen ein, die fortgesetzt wurden und in einigen Teilen des Landes im Jahr 2020 sogar zugenommen hatten. Ansonsten gelten die o.a. Einschätzungen zur Sicherheitslage in Afghanistan zur Jahreswende 2019/20. Die Zahl der zivilen Opfer auf Grund von Angriffen der afghanischen Sicherheitskräfte sowie der Taliban lag 2019 und 2020 – mit den angesprochenen regionalen Schwerpunkten - jeweils sehr hoch und hat bis zum Fall Kabuls im August 2021 nicht abgenommen.<sup>10</sup> Kurz gefasst: Afghanistan ist im Februar 2020 kein sicheres Land gewesen. Ob und inwieweit diese Lage bei der Bewertung der Möglichkeit von Abschiebungen durch die Bundesregierung eine Rolle gespielt hat, kann nicht beurteilt werden.

<sup>9</sup> Vgl. Byman Daniel/ Simon, Steven: Trump's Surge in Afghanistan. Why We Can't Seem to End the War. *Foreign Affairs Today*; 18.09.2017: <<https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2017-09-18/trumps-surge-afghanistan>>

<sup>10</sup> Vgl. United Nations Assistance Mission in Afghanistan: Protection of Civilians in Armed Conflict. *Midyear Report: 1 January – 30 June 2020*: <[https://unama.unmissions.org/sites/default/files/unama\\_poc\\_midyear\\_report\\_2020\\_-\\_27\\_july-.pdf](https://unama.unmissions.org/sites/default/files/unama_poc_midyear_report_2020_-_27_july-.pdf)>



**Wie haben die NATO-Partner und die Nachbarstaaten in der Region auf das Doha-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Taliban reagiert? Welche Rolle hat speziell Pakistan eingenommen?**

Neben den USA beteiligen sich zum Jahresbeginn 2020 noch 38 Mitglieder und Partnerländer der NATO an der *Resolute Support Mission*. Deutschland war zweitgrößter Truppensteller, weitere substantielle Kontingente kamen aus Australien, Georgien, Italien, Polen, Rumänien, der Türkei und Großbritannien. Im Februar 2020, also zum Zeitpunkt der Beginn des amerikanischen Abkommens mit den Taliban, zählte die NATO-geführte *Resolute Support Mission* in Afghanistan noch gut 16.000 Soldaten, von denen nach einer zwischenzeitigen Truppenreduzierung 8.000 US-Kräfte waren.

Auch wenn es in den NATO-Hauptstädten vereinzelt die skizzierten Einwände gegen das Doha-Abkommen gegeben hat, sind diese nicht Gegenstand öffentlicher transatlantischer Debatten geworden. Zwei Gründe lassen sich dafür vermuten: Erstens hat sich die Regierung Trump schlicht nicht um die Meinung der NATO-Partner gekümmert; zweitens werden die europäischen Regierungen nicht undankbar gewesen sein, eine realistische Möglichkeit erhalten zu haben, sich im Gefolge der USA aus Afghanistan zurückziehen zu können.

Obgleich sie nicht am Verhandlungstisch saß, band die Doha-Vereinbarung auch die NATO, denn sie enthielt einen Zeitplan für einen konditionierten, phasenweise erfolgenden und vollständigen Abzug aller US- und NATO-Truppen binnen 14 Monaten, das heißt bis Ende April 2021. Zudem hatte sich die Regierung Trump verpflichtet, die Zahl ihrer Truppen bereits innerhalb von 135 Tagen, also bis Anfang Juli 2020, von rund 12 000 auf 8600 zu verringern. Gleichzeitig sollten die in Afghanistan verbliebenen NATO-Partner proportional dazu ihre Truppenstärke abbauen.

Die ersten Lücken, die der US-Abzug dabei riss, waren regional unterschiedlich gravierend, da die USA die Hauptverantwortung für die RSM im Süden und Osten des Landes trugen, Deutschland im Norden, Italien im Westen und die Türkei in Kabul. Wichtig war, dass gerade die kleineren nationalen Kontingente bei spezifischen Funktionen auf die USA angewiesen waren. Das galt beispielsweise für die Unterstützung in den Bereichen strategischer Lufttransport, Luftunterstützung, Spezialkräfteeinsätze, taktischer Hubschrauberunterstützung und Notfallevakuierungen. Der angekündigte Truppenabzug betraf auch die Arbeit ausländischer Diplomaten und Entwicklungshelfer sowie weiteren zivilen Personals, da diese für ihr Handeln auf die Gefahreinschätzung und notfalls die Evakuierungsfähigkeiten der US-Streitkräfte angewiesen waren. In Folge des von Präsident Biden im April



2021 angekündigten Truppenabzugs beschlossen auch die verbliebenen NATO-Mitglieder und –Partner, den Abzug der RSM-Truppen zum 1. Mai 2021 einzuleiten.

Seit 2014 haben die Vereinigten Staaten etwa 75% der geschätzten 5 bis 6 Milliarden Dollar pro Jahr für die afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF) bereitgestellt, der Rest wurde von den NATO-Partnern (1 Milliarde Dollar jährlich) und der afghanischen Regierung (500 Millionen Dollar) aufgebracht. Das Pentagon berichtete im Juni 2020, dass eine vollständige finanzielle Autarkie bis 2024 nicht realistisch erscheint, selbst wenn die Gewalt im Lande und damit die Truppenstärke deutlich zurückgingen. In diesem Zusammenhang kam das Verteidigungsministerium zu der Einschätzung, dass die afghanischen Streitkräfte (insbesondere die afghanische Luftwaffe und die Spezialkräfte) zwar über beträchtliche Mittel verfügen, aber nicht in der Lage seien, sich selbst zu versorgen. Die Gesamtstärke der ANSF wurde im Juli 2020 mit fast 289.000 Mann angegeben. Weitere Kennzahlen in Bezug auf die ANSF-Stärke und -Leistung, einschließlich der Gefallenenzahlen wurden von den US-Streitkräften in Afghanistan seit dem Oktober 2017 auf Ersuchen der afghanischen Regierung als geheim eingestuft.

Die regionale Dynamik und die Beteiligung externer Mächte haben sich unmittelbar auf den Konflikt in Afghanistan ausgewirkt und determinierten damit auch den Erfolg der amerikanischen Politik. Auch die Umsetzung des Abkommens von 2020 traf auf machtpolitische Erwägungen der Anrainer Afghanistans, vor allem Irans, Indiens und Pakistans, die das Land als Forum ihrer regionalpolitischen Ambitionen begreifen. Diese nutzten ihre afghanischen Verbündeten, um die innerafghanischen Verhandlungen zu beeinflussen oder sie sogar zu blockieren.<sup>11</sup>

Der Nachbarstaat, dem die Regierung Trump in dieser Hinsicht am meisten Beachtung schenken musste, ist Pakistan gewesen, das seit Jahrzehnten eine aktive - und in vielen Fällen destabilisierende - Rolle in der afghanischen Politik gespielt hat. Pakistan hat ein politisch schwaches und destabilisiertes Afghanistan immer einem starken, geeinten afghanischen Staat vorgezogen - insbesondere einem, der von einer paschtunisch dominierten Regierung in Kabul geführt wird. Zudem werden die Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan durch die Anwesenheit von über einer Million afghanischer Flüchtlinge in Pakistan sowie durch einen seit langem andauernden und ethnisch gefärbten Streit über die gemeinsame Grenze zusätzlich erschwert.

<sup>11</sup> Vgl. Sharan, Timor/ Watkins, Andrew: From Uncertainty to Strategy? Implications of the U.S. Withdrawal for Afghanistan's Neighbors and Key Partners; Friedrich-Ebert-Stiftung 2021: <<https://library.fes.de/pdf-files/bueros/kabul/17927.pdf>>

Das pakistanische Sicherheitsestablishment, das eine strategische Einkreisung durch Indien befürchtet, betrachtete die afghanischen Taliban als ein verlässliches anti-indisches Element in Afghanistan.<sup>12</sup>

Pakistans Sicherheitsdienste unterhielten bis zum Fall Kabuls Verbindungen zu afghanischen aufständischen Gruppen, vor allem zum Haqqani-Netzwerk. US-Militärbefehlshaber führten einen Großteil der Macht und Langlebigkeit der Aufständischen auf diese finanzielle und militärische Unterstützung aus Islamabad zurück; Präsident Trump hat vor diesem Hintergrund Pakistan beschuldigt, "genau die Terroristen zu beherbergen, die wir bekämpfen" Seit Ende 2018 hat die Regierung Trump Islamabad jedoch um Unterstützung bei den US-Gesprächen mit den Taliban gebeten, und Sonderbotschafter Khalizad dankte Pakistan für die Erleichterung der Reise von Taliban-Vertretern zu den Gesprächen in Doha.

**Wie kann die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der ehemaligen afghanischen Armee (ANA) und der Sicherheitskräfte (ANSF) im Sinne ihrer Kampfkraft, der Versorgungslogistik und des Kampfeswillen zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens und in der Zeit bis zum Beginn des Abzugs der internationalen Truppen eingeschätzt werden?**

Weitgehend unstrittig in der wissenschaftlichen Literatur ist, dass der wichtigste Einzelfaktor für den Zusammenbruch der afghanischen Streitkräfte im August 2021 die Entscheidung der Regierung Trump gewesen ist, ihre Streitkräfte aus Afghanistan abzuziehen, wie dies im Doha-Abkommen vereinbart ist, gefolgt von der Ankündigung des vollständigen, bedingungslosen Abzugs durch Präsident Biden im April 2021. Aufgrund der Abhängigkeit der afghanischen von den amerikanischen Streitkräften haben diese auf einander aufbauenden Entscheidungen nicht nur die Kampfkraft der ANSF, sondern auch deren Moral erheblich geschwächt. Die ANSF hatten sich lange auf die Präsenz des US-Militärs verlassen, um sich vor eigenen Verlusten zu schützen, und die afghanischen Truppen sahen in der US-Regierung nicht zuletzt einen Hebel, die Regierung in Kabul immer wieder zur Zahlung ihrer Gehälter zu bewegen. Das Abkommen zwischen den USA und den Taliban machte deut-

<sup>12</sup> Vgl. International Crisis Group: Pakistan: Shoring Up Afghanistan's Peace Process; 30.06.2021: <<https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/pakistan/b169-pakistan-shoring-afghanistans-peace-process>>

lich, dass dies nicht länger der Fall sein würde. Es führte dazu, dass sich sowohl die Sicherheitskräfte als auch die afghanische Bevölkerung im Stich gelassen fühlten, und setzte eine Reihe von Ereignissen in Gang, die für das Verständnis des Zusammenbruchs der ANSF entscheidend sind.

Doch bereits vor dem Abschluss des Doha-Abkommens waren von verschiedenen Seiten immer wieder Zweifel an der Leistungsfähigkeit bzw. -bereitschaft der ANSF angemeldet worden. Stellvertretend sei lediglich auf die Quartalsberichte des vom US-Kongress eingesetzten *Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction* (SIGAR) verwiesen, dessen Aufgabe es war, „eine unabhängige und objektive Aufsicht über die Wiederaufbauprojekte und -aktivitäten in Afghanistan zu gewährleisten.“ Viele Probleme der afghanischen Sicherheitskräfte, die wie in einem Brennglas im Juli/August 2021 deutlich geworden sind bzw. kulminierten, sind in diesen Berichten bereits zuvor angesprochen worden.<sup>13</sup>

Erstens waren die afghanischen Streitkräfte entscheidend von der amerikanischen Bereitschaft abhängig, Luftangriffe zu fliegen: So hat im Jahr 2017 die Südasienstrategie von Präsident Trump dem Pentagon zusätzliche Befugnisse zur Bekämpfung der Taliban erteilt. Allein im Jahr 2019 führten die Vereinigten Staaten knapp 7.500 Luftangriffe durch, so viele wie seit 2009 nicht mehr. Infolgedessen äußerten afghanische Regierungsvertreter, dass die ANSF Fortschritte machten und Territorium zurückerobern würden. Die Begrenzung der Luftangriffe nach der Unterzeichnung des Doha-Abkommens nahm diesen den entscheidenden Vorteil, um den Einfluss der Taliban einzuhegen.

Darüber hinaus blieb die ANSF langfristig vom US-Militär abhängig, weil die Vereinigten Staaten diese als Spiegelbild der amerikanischen Streitkräfte konzipiert hatten: Ziel war eine militärische Struktur, die Operationen verbundener Kräfte ermöglichen sollte, die aber ein hohes Maß an professionellen militärischen Kenntnissen und Führungsqualitäten erforderte, über die die ANSF nicht verfügten. Eine entscheidende Komponente war dabei die afghanische Luftwaffe (AAF), die zwar den größten Vorteil der ANSF gegenüber den Taliban darstellte, allerdings bis mindestens zum Jahr 2030 nicht selbständig handlungsfähig gewesen wäre. Durch die Entscheidung der USA, die entsprechenden Wartungskapazitäten im Mai 2021 aus Afghanistan abzuziehen, war die Verfügbarkeit von einsatzfähigen Flugzeugen auf wichtigen regionalen Flugplätzen eingeschränkt. Darüber hinaus verfügten die ANSF zwar über Waffen- und Nachschubvorräte aus den Vereinigten Staaten, waren aber logistisch nicht in der Lage, diese Güter schnell genug zu transportieren, um den operativen Anforderungen gerecht zu werden, und

<sup>13</sup> <<https://www.sigar.mil/quarterlyreports/index.aspx?SSR=6>>

mussten sich auf die dünn besetzte afghanische Luftwaffe verlassen. Infolgedessen beklagten sich die ANSF-Einheiten darüber, dass sie nicht über genügend Munition, Lebensmittel, Wasser oder andere militärische Ausrüstung verfügten, um Gefechte gegen die Taliban zu bestehen.

Darüber hinaus hat es die afghanische Regierung versäumt, eine nationale Sicherheitsstrategie und einen Plan für die landesweite Sicherheit nach dem Abzug der US-Truppen zu entwickeln. Stattdessen wechselte Präsident Ghani häufig die militärischen Führer aus und ernannte ihm loyale Personen, während er gut ausgebildete ANSF-Offiziere, die eng mit den amerikanischen Streitkräften verbunden waren, an den Rand drängte. Dieser ständige Wechsel schwächte die militärischen Befehlsketten, das Vertrauen und die Moral in den Streitkräften. In der Zwischenzeit nutzten die Taliban bei ihrer militärischen Kampagne die logistischen, taktischen und führungsmäßigen Schwächen der ANSF aus: Direkte Angriffe und ausgehandelte Kapitulationen setzten einen Dominoeffekt in Gang, bei dem ab dem Frühjahr 2021 ein Bezirk nach dem anderen an die Taliban fiel.

Auch andere Faktoren spielten beim Zusammenbruch der ANSF eine Rolle. Erstens trug kein einzelner Truppensteller und keine Behörde die finale Verantwortung für die langfristige Entwicklung der ANSF. Stattdessen lag die Verantwortung bei den NATO-geführten Operationen *International Security Assistance Force (ISAF)* bzw. *Resolute Support Mission* und dem US-geführten *Combined Security Transition Command-Afghanistan*. Diese Einheiten waren mit ständig wechselnden militärischen und zivilen Beratern besetzt. Das behinderte die Kontinuität und verhinderte die Ausbildung eines wirksamen institutionellen Gedächtnisses. Das Ergebnis war ein unkoordinierter Ansatz, der die gesamte Mission beeinträchtigte.

Zweitens war die Dauer des internationalen Engagements nicht Ausdruck eines realistischen Zeitansatzes, der für den Aufbau eines sich selbst tragenden Sicherheitssektors erforderlich ist. Ständig wechselnde und politisch motivierte Zwischenziele für das Engagement untergruben die Fähigkeit der USA wie der NATO, realistische Ziele für den Aufbau einer fähigen Armee und Polizei zu setzen. Darüber hinaus verfügten viele der aufstrebenden ANSF-Generäle nur über ein Jahrzehnt Erfahrung; die meisten Offiziere anderer Streitkräfte haben doppelt so viel Erfahrung. Zudem musste insbesondere das US-Militär konkurrierende Anforderungen ausgleichen. Da die US-Truppen weitaus effektiver als die ANSF kämpften, übernahmen sie oft die Leitung von Missionen oder füllten kritische Lücken - Luftnahunterstützung, Luftangriffe, medizinische Evakuierung, Logistik und Nachrichtendienst - auf Kosten der ANSF, die auf diese Weise keine eigene Kampferfahrung sammelte. Infolgedessen war die afghanische Armee zu sehr auf „geliehene Fähigkeiten“ angewiesen.

Drittens schufen die Vereinigten Staaten weitere langfristige Abhängigkeiten, indem sie die ANSF mit moderner militärischer Ausrüstung ausstatteten, die diese nicht selbständig betreiben konnten und die eine Präsenz des US-Militärs erforderten. Dies wurde seit 2005 verstärkt durch ein Beschaffungsverfahren für ausländische Militärverkäufe, das die afghanische Regierung letztlich von jeglicher Rolle im Ausrüstungsprozess ausnahm. Seitdem waren die Vereinigten Staaten allein verantwortlich für die Anforderungen an die Ausrüstung der ANSF, für die Erfüllung dieser Anforderungen und für die Bezahlung der beschafften Gegenstände.

Viertens fehlte der NATO ein echter Maßstab, um die Entwicklung der ANSF zu messen. Die verwendeten Maßstäbe waren inkonsistent und nicht in der Lage, die Entwicklung der Fähigkeiten und Kapazitäten der ANSF im Laufe der Zeit zu messen. Seit 2005 konzentrierten sich die vom Militär verwendeten Kennzahlen in erster Linie auf Inputs und Outputs und verdeckten leistungsmindernde Faktoren wie schlechte Führung und Korruption.

Fünftens verfügte die afghanische Regierung während des 20-jährigen Militäreinsatzes über keinen Zugang zu denjenigen Systemen, die für die Überwachung von Personal und Ausrüstung der ANSF zuständig sind. Zwar gab es Mitarbeiter, die für die Personalverwaltung und das Beschaffungswesen zuständig waren, diese waren jedoch nicht in der Lage, selbständig auf Rechenschaftslegungssysteme zuzugreifen. Um auf die Daten der ANSF zuzugreifen und sie zu bearbeiten, mussten die leitenden afghanischen Beamten diese von den in den Verteidigungs- und Innenministerien eingebetteten US-Auftragnehmern abrufen. Dieser Mangel an Vertrauen zeigte sich auch vor Ort, wo die US-Streitkräfte, die mit der ANSF zusammenarbeitenden Einheiten nur begrenzt über Operationen informierten, weil sie befürchteten, dass die ANSF Pläne an die Taliban weitergeben würden.

Schließlich hatten die NATO seit langem Schwierigkeiten, eine genaue Buchführung über die zur Verfügung gestellte Ausrüstung und das ausgebildete Personal der ANSF zu erstellen. Seit mindestens 2009 existieren Berichte, in denen auf diese Mängel bei der Rechenschaftslegung hingewiesen wurde. Ausreichende Vorkehrungen für die Überwachung sensibler Ausrüstungsgegenstände, die an die afghanische Regierung und die ANSF geliefert wurden, wurden nicht getroffen, so dass diese anfällig für Diebstahl und Verlust waren. Zudem war das von den USA in Auftrag gegebene afghanische Personal- und Gehaltssystem nicht elektronisch mit anderen afghanischen Personal-

systemen verbunden, so dass die internen Kontrollen das Risiko der Einführung fiktiver Datensätze in das System nicht verhindern konnten.<sup>14</sup> So erschien die afghanische Armee immer größer als sie tatsächlich war.

**Wie haben Sie die Loyalität der ANA bzw. ANSF gegenüber der afghanischen Regierung eingeschätzt? Wie realistisch ist die Annahme, dass der afghanischen Armee das Niederlegen der Waffen vor Ankunft der Taliban empfohlen wurde bzw. ihr dieses befohlen wurde von Teilen der afghanischen Regierung?**

Die Taliban erzielten ihre erheblichen Erfolge vor allem in ländlichen Gebieten und unterbrachen dabei die Nachschubwege zu den afghanischen Militärstützpunkten, während sie die stärker verteidigten städtischen Gebiete weitgehend mieden. Mitte Juni 2021 begannen die afghanischen Sicherheitskräfte in abgelegenen Gebieten, die ohne Unterstützung der weit entfernten afghanischen Regierung operierten, ihre Posten aufzugeben. Im Juli übernahmen die Aufständischen die Kontrolle über noch mehr ländliche Gebiete, und Anfang August begannen sie, auch städtische Gebiete ins Visier zu nehmen. Am 6. August eroberte die Gruppe fast kampfflos die erste Provinzhauptstadt. Neun Tage später kontrollierte sie jede größere Stadt des Landes, einschließlich Kabul, und stieß nur in einer Handvoll von ihnen auf Widerstand der afghanischen Streitkräfte.

Seit dem Sommer 2021 wird die Frage diskutiert, wie eine in Zahl und Feuerkraft überlegene Armee von einer Truppe besiegt werden konnte, von der man annahm, sie sei weniger als ein Drittel so groß. Viele Beobachter haben versucht, den plötzlichen Zusammenbruch der afghanischen Sicherheitskräfte und der Regierung ausschließlich auf mangelnden Kampfeswillen zu reduzieren, aber in Wirklichkeit war er wohl das Ergebnis einer Kombination von verschiedenen Faktoren, einschließlich grundlegender Fehler beim Aufbau und Management der Sicherheitskräfte, schlechter militärischer Planung, erfolgreicher Strategien der Taliban, der Inkompetenz der afghanischen Regierung und einer Folge von Ereignissen, die durch den Abzug der USA aus dem Land ausgelöst wurde.

Abgekoppelt von den bereits skizzierten Schwierigkeiten, die die militärischen *Fähigkeiten* betrafen, kann jedoch kaum ein Zweifel darüber bestehen,

<sup>14</sup> Vgl. zusammenfassend Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction: Collapse of the Afghan National Defense and Security Forces: An Assessment of the Factors That Led to Its Demise; Interim Report – May 2022: <<https://www.sigar.mil/pdf/evaluations/SIGAR-22-22-IP.pdf>>

dass die Geschwindigkeit, mit der die Taliban das Land im Frühsommer 2021 eroberten, u.a. auch einen Zusammenbruch des *Willens* zur Fortführung des Kampfes darstellte und damit letztlich eine Frage der brüchigen Loyalität der ANSF gewesen ist. Die Taliban infiltrierten städtische Gebiete, ermordeten Schlüsselpersonal der Armee, bedrohten die Familien von Kommandeuren und stellten in Aussicht, die Familien zu verschonen, sofern die Soldaten kapitulieren würden. Viele gaben daraufhin auf, weil sie kein Vertrauen mehr besaßen, dass Kabul sie retten könnte, so dass es im Sommer 2021 nur noch sehr wenige Kämpfe gab und der Kollaps des afghanischen Regierungssystems so schnell ging.<sup>15</sup>

Wie groß der Kampfeswille unter den afghanischen Sicherheitskräften jemals gewesen ist, lässt sich schwer beantworten, vor allem, da man es mit einem Gegner zu tun hatte, der sich militant den eigenen Zielen verschrieben hatte. Die Perspektive, dass religiöse Vorstellungen, Widerstand gegen die „Besatzung“ und afghanische Identitätsvorstellungen zum Vorteil der Taliban und zum Nachteil der Regierung ineinandergegriffen haben, hilft aber besser, das Ergebnis des 20-jährigen Krieges zu verstehen. Dies ist zwar nicht die einzige Erklärung für seinen Ausgang, aber es ist eine notwendige, deren Folgen gravierend gewesen sind: Jede noch so gut meinende und demokratisch legitimierte afghanische Regierung galt prinzipiell als Gegner, solange sie mit den Vereinigten Staaten bzw. der NATO verbündet war. Dies spornte die Taliban immer wieder dazu an, härter zu kämpfen und sich mehr anzustrengen als die afghanische Armee und Polizei.<sup>16</sup>

Die NATO gab die Zahl der afghanischen Sicherheitskräfte über Jahre mit mehr als 300.000 an. Die tatsächliche Zahl könnte nach Schätzungen jedoch nur halb so hoch gewesen sein. Denn die Zahlen über die Größe der afghanischen Streitkräfte wurden immer wieder durch das Problem der sog. "Geislerkämpfer" in Frage gestellt: Soldaten und Polizisten, die nicht auftauchten, weil sie nur in den Angestelltenlisten aufgeführt waren, damit korrupte Beamte ihre Gehälter kassieren konnten. Zudem bedeutete die anhaltend hohe Fluktuation in den afghanischen Reihen, dass viele Militärstellen entweder unbesetzt waren oder von Mitarbeitern besetzt wurden, die nicht für den Kampf ausgebildet und ausgerüstet waren.

Schon seit mehreren Jahren gab es Anzeichen dafür, dass die ANSF unter kritischen Mängeln litten, die die afghanische Regierung ignorierte oder selbst

<sup>15</sup> Vgl. Tim Willasey-Wilsey: Why Did the Afghan Army Evaporate?; Royal United Services Institute, 18 August 2021: <<https://rusi.org/explore-our-research/publications/commentary/why-did-afghan-army-evaporate>>

<sup>16</sup> Vgl. Malkasian, Carter: What America Didn't Understand About Its Longest War; Politico, 06.07.2021: <<https://www.politico.com/news/magazine/2021/07/06/afghanistan-war-malkasian-book-excerpt-497843>>



noch verschlimmerte. Die afghanischen Soldaten waren sich dieser Miswirtschaft offenbar sehr bewusst, was die Moral negativ beeinträchtigte. Als die Taliban auf dem Vormarsch waren, boten sie Berichten zufolge eine Amnestie und sogar Bargeld für Sicherheitskräfte an, von denen einige seit Monaten nicht mehr bezahlt worden waren, damit diese ihre Waffen niederlegten. Dass dies Wirkung auf die ANSF entfaltete, konnte daher nicht wirklich überraschen.<sup>17</sup> Ob dieses Verhalten von Teilen der afghanischen Regierung zusätzlich ermutigt worden ist, kann nicht beurteilt werden.

**Welche Maßnahmen haben die afghanische Regierung und die Verbündeten nach Ihrer Kenntnis unternommen, um die Kampfkraft der ANA und der ANSF bzw. die Loyalität dieser gegenüber der afghanischen Regierung nach Abschluss des Doha-Abkommens zu sichern oder gar zu stärken?**

Wie bereits ausgeführt, deuteten die Vereinbarungen des Doha-Abkommens unverkennbar auf den Abzug aller westlichen Truppen aus Afghanistan hin. Seitdem befanden sich die Verbündeten der afghanischen Regierung weitgehend im „Abwicklungsmodus“ bezüglich ihrer Aktivitäten. Dass dies möglicherweise den Gesamterfolg gefährden würde, war aber ebenso unverkennbar, wie sich z.B. am letzten Mandat des Deutschen Bundestages für die deutsche RSM-Beteiligung vom Februar 2021 ablesen lässt:

*„Die Sicherheitslage bleibt prekär; die Taliban üben, ungeachtet eigener Verluste, zur Stärkung ihrer Einflussmöglichkeiten und trotz der laufenden Friedensverhandlungen derzeit mit hoher Intensität Gewalt gegen die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte, Vertreter staatlicher Institutionen und Teile der Zivilgesellschaft aus. Die Friedensverhandlungen bleiben sehr fragil und benötigen Zeit. (...) Ein Abzug unter den derzeitigen Voraussetzungen birgt nicht nur Gefahren für die unmittelbare Stabilität Afghanistans und der Region, sondern auch für die hart errungenen Fortschritte der letzten Jahrzehnte insgesamt.“<sup>18</sup>*

<sup>17</sup> Vgl. Boot, Max: How the Afghan Army Collapsed Under the Taliban’s Pressure; Council on Foreign Relations; 16.08.2021: <<https://www.cfr.org/in-brief/how-afghan-army-collapsed-under-talibans-pressure>>

<sup>18</sup> Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz „Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan“ (BT-Drucksache 19/26916); 24.02.2021: <<https://dserver.bundestag.de/btd/19/269/1926916.pdf>>

Die einschlägigen Dokumente aus diesem Zeitraum schreiben angesichts dieses Dilemmas die existierenden Aktivitäten der ausländischen Militärkontingente jedoch einfach weiter fort. Dies gilt u.a. für das angesprochene Bundestagsmandat, lässt sich aber auch für die entsprechenden Dokumente des Pentagon nachweisen.<sup>19</sup> Die NATO hatte den Abzug gewissermaßen schon „eingepreist“, als Vertreter der Allianz sich im Juni 2021 um die Erlaubnis Katars bemühten, einen Militärstützpunkt für die Ausbildung afghanischer Spezialkräfte nach dem Abzug aus Afghanistan zu nutzen.

In der Rückschau drängt sich der Eindruck auf, dass sich die politisch und militärisch Verantwortlichen in allen NATO-Ländern trotz des existierenden Dissenses mit der Entscheidung der Regierung Trump mit dem Ende von RSM arrangiert hatten. Neue politische Initiativen bzw. militärische Maßnahmen, um die Kampfkraft der ANSF bzw. die Loyalität dieser gegenüber der afghanischen Regierung nach Abschluss des Doha-Abkommens zu sichern oder gar zu stärken, unterblieben vor diesem Hintergrund.

**Gab es von Seiten der Taliban Angebote im Zeitraum des NATO-Mandats, die möglicherweise eine Regierungsbeteiligung statt einer Regierungsübernahme hätten bedeuten können? Sollte dies der Fall gewesen sein, hätten solche Angebote als glaubwürdig eingestuft werden können?**

Während der Friedensgespräche in Doha blieben die Positionen der Taliban zu einer Reihe von kritischen Themen, die mit der afghanischen Regierung diskutiert werden sollten, unklar oder unbestimmt, so dass ein echter Konsens über die politische Zukunft Afghanistans niemals erzielt werden konnte. Dafür wäre es notwendig gewesen, dass die Aufständischen eine kohärente politische Vision festgelegt, eine offene Debatte über ihre Positionen in der afghanischen Gesellschaft akzeptiert und am Verhandlungstisch Kompromissbereitschaft gezeigt hätten. Unscharf blieb, was sie im Vergleich zur afghanischen Verfassung und zum politischen System nach 2004 ändern wollten und wie die afghanischen Sicherheitskräfte umstrukturiert werden sollten, einschließlich der Frage, ob und welche Rolle Taliban-Kämpfer darin spielen sollten.

<sup>19</sup> Vgl. Department of Defense: Enhancing Security and Stability in Afghanistan. Report to Congress; June 2020: <[https://media.defense.gov/2020/Jul/01/2002348001/-1/-1/1/ENHANCING\\_SECURITY\\_AND\\_STABILITY\\_IN\\_AFGHANISTAN.PDF](https://media.defense.gov/2020/Jul/01/2002348001/-1/-1/1/ENHANCING_SECURITY_AND_STABILITY_IN_AFGHANISTAN.PDF)>

Einzelne Taliban-Vertreter gaben an, sie würden die Verfassung von 2004 niemals beibehalten, da sie auf Geheiß ausländischer Mächte zustande gekommen sei. Sie waren auch nicht bereit, das afghanische System einfach durch verfassungsmäßig vorgeschriebene Verfahren zu ändern, sondern deuteten lediglich an, dass sie bereit seien, Elemente des Textes beizubehalten. Aber selbst diese Bereitschaft zu einem Verfassungskompromiss war mit Vorsicht zu genießen: Einige Taliban schienen an einer Verfassungsordnung interessiert zu sein, die dem afghanischen Staatschef zusätzliche Befugnisse eingeräumt und die Macht, die beim Präsidenten lag, weiter konzentriert hätte. Diese Präferenz hätte sie in Konflikt mit den ethnischen Minderheiten gebracht, die eine Verfassungsänderung zur Dezentralisierung der Macht befürworteten.<sup>20</sup>

### **Gab es regionale militärische Absprachen mit den Taliban und wenn ja welche Auswirkungen hatten diese?**

Die bekannt gewordenen militärischen Absprachen der US-Regierung mit den Taliban im Kontext des Doha-Abkommens sind bereits dargestellt worden. Über weitere Vereinbarungen regionaler Natur (mit der afghanischen Regierung?) liegen keine weiteren Erkenntnisse vor. Angesichts der skizzierten politischen und militärischen Dynamik erscheint dies aber auch unwahrscheinlich: Da die Aufständischen nicht wirklich auf eine Machtteilung mit der Regierung Ghani, sondern auf einen militärischen Sieg setzten, wären mögliche Selbstverpflichtungen zu militärischer Zurückhaltung nicht in ihrem Sinne bzw. ohnehin wohl nur taktischer Natur gewesen.

<sup>20</sup> Vgl. International Crisis Group: Taking Stock of the Taliban's Perspectives on Peace; 11.08.2020: <<https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/afghanistan/311-taking-stock-talibans-perspectives-peace>>